

Politische Bildung in der Migrations- gesellschaft



Inhalt

02

Vorbemerkung

04

Das Ziel des Thesenpapiers

05

Kontinuitäten in der Politischen Bildung nach 1945 in Deutschland

06

Postkoloniale und postnationalsozialistische Aspekte

07

Empowerment als Grundsatz politischer Bildung in der Migrationsgesellschaft

08

Empfehlungen für die Praxis

12

Literaturliste

13

Impressum

Vorbemerkung

KOOPERATIONSVERBUND FÜR VIELFALT UND ZUSAMMENHALT: CHANCENGERECHTIGKEIT IN DER PLURALEN GESELLSCHAFT (KVVZ)

Der „Kooperationsverbund für Vielfalt und Zusammenhalt: Chancengerechtigkeit in der pluralen Gesellschaft“ ist ein Arbeitskreis im Programmberich Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur im Bundesprogramm „Demokratie leben!“¹. In seiner AG „Politische Bildung“ setzt er die Arbeit der gleichnamigen Arbeitsgemeinschaft des Kompetenznetzwerks für das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft (KV) fort. Im Kompetenznetzwerk entstand das vorliegende Thesenpapier „Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft“, das wir mit freundlicher Genehmigung veröffentlichen dürfen.

DAS KOMPETENZNETZWERK FÜR DAS ZUSAMMENLEBEN IN DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT (KN)

Die AG „Politische Bildung“ ist eine Arbeitsgemeinschaft des Kompetenznetzwerks für das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft (KN). Das KN versteht sich als ein Zusammenschluss von Organisationen, die sich der Förderung und Gestaltung des Zusammenlebens in einer offenen und von Vielfalt geprägten Gesellschaft widmen. Dieses Ziel wird durch die Entwicklung eines umfassenden Selbstverständnisses als Migrationsgesellschaft verfolgt, um eine gleichberechtigte Teilhabe und Repräsentanz aller in dieser Migrationsgesellschaft zu ermöglichen.

¹ Zum KVVZ gehören: neue deutsche organisationen e.v. – das postmigrantische Netzwerk (ndo), Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Deutschland e.V. (DaMOst), Polnischer Sozialrat e.V. (PSR), Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V. (BVRE), Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen e.V. (BKMO), Türkische Gemeinde in Deutschland e.V. (TGD).

2 Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V. (BVRE), der Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland e.V. (DaMOst e.V.), Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., die neuen deutschen Organisationen – das Postmigrantische Netzwerk (ndo), die Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa und die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD). Darüber hinaus waren Vertreter*innen der Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO) maßgeblich an der Entwicklung des Papiers beteiligt. Eine weitere fachliche Beratung erfolgte durch Narmada Saraswati. Siehe auch: Startseite – Kompetenznetzwerk für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft (kn-zusammenleben.de)

WAS VERSTEHEN WIR UNTER MIGRATIONSGESELLSCHAFT?

Die Arbeitsgruppe „Politische Bildung“ hat sich mit dem übergeordneten Ziel zusammengefunden, den Auftrag des KNs zu verwirklichen. Dieser besteht darin, vielfältige gesellschaftliche Akteur*innen und Institutionen für die Realität in einer Migrationsgesellschaft zu sensibilisieren. Diese umfassende Perspektive erstreckt sich gleichermaßen auf den Bereich der politischen Bildung. Im Jahr 2022 haben laut dem Statistischen Bundesamt 28,7 Prozent der Bevölkerung einen familiären Migrationshintergrund – bei Jugendlichen und Kindern sogar 39 Prozent. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Menschen, die mit Rassismus und/oder Antisemitismus konfrontiert sind, obwohl sie formal keinen Migrationshintergrund haben. Die Migrationsgesellschaft ist für uns nicht einfach eine statistische Größe, wir leben in einer Gesellschaft der Vielen.

Nach wie vor gibt es zahlreiche Organisationen und Institutionen, in denen sich diese Realität nicht ausreichend widerspiegelt. Beispielsweise in Bezug auf Diversität im Team oder in genutzten Methoden und den jeweiligen Angeboten. Dies gilt auch für die Institutionen der politischen Bildung.

WAS BEDEUTET POLITISCHE BILDUNG?

Politische Bildung fördert die Fähigkeit zum kritischen Denken und das Kennenlernen und Hinterfragen unterschiedlicher Perspektiven. Sie ist ein zentraler Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft, weil sie Menschen dazu befähigt, verantwortungsvoll zu handeln, politische Prozesse und gesellschaftliche Dynamiken zu verstehen und sich aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens zu beteiligen.

Politische Bildung findet in verschiedenen Kontexten statt. Dabei gibt es formale politische Bildung, welche durch staatliche Bildungsinstitutionen erfolgt sowie non-formale politische Bildung. Die non-formale politische Bildung wird zum einen von Trägern durchgeführt, die von der Bundeszentrale für politische Bildung anerkannt sind. Zum anderen gibt es eine Vielfalt von Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen, die mit ihren Angeboten ebenfalls politische Bildungsarbeit leisten.

Das Ziel des Thesenpapiers

Dieses Thesenpapier dient als Ergänzung zu den bestehenden Grundsatzpapieren der politischen Bildung, insbesondere dem Beutelsbacher Konsens und der Frankfurter Erklärung. Die grundlegenden Prinzipien der politischen Bildung stellen zwar bedeutende Errungenschaften dar, bedürfen jedoch einer ständigen Fortentwicklung, um den gesellschaftlichen Wandel widerzuspiegeln.

Eine zentrale Verantwortung für Organisationen und Institutionen liegt im aktiven Einbinden von Menschen mit (familiärer) Migrationsgeschichte, Rassismus- und/oder Antisemitismuserfahrung. Für die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Verwirklichung von umfassender Teilhabe und Chancengleichheit ist dies ein wessentlicher Grundstein. Dieses Vorhaben wiederum umfasst eine kritische Bewertung der vorherrschenden Paradigmen und Methoden in der politischen Bildung und führt zu der Frage, welche Veränderungen notwendig sind, um die Rechte und Würde aller Menschen in dieser Gesellschaft zu wahren.

Aus unserer jahrelangen praktischen Erfahrung heraus identifizieren wir in diesem Papier Leerstellen und stellen diesen inhaltliche Impulse und Empfehlungen zur Seite. Der Fokus liegt auf Deutschland als postkoloniale und postnationalsozialistische Gesellschaft, die stark durch Migration geprägt ist. In diesem Zusammenhang stellen wir Menschen mit Migrationsgeschichte, mit Rassismuserfahrungen und Juden*Jüdinnen in den Mittelpunkt. Es ist dabei jedoch wichtig zu beachten, dass die gesellschaftliche Positionierung von Menschen intersektional ist. Das bedeutet, dass das Leben von

Individuen selten durch ein einzelnes gesellschaftliches Ungleichheitsverhältnis geprägt wird, sondern mehrdimensional von verschiedenen Herrschaftsverhältnissen beeinflusst sein kann. Menschen mit Antisemitismus-, Rassismuserfahrungen oder einer Migrationsgeschichte sind genauso heterogen wie die Gesamtbevölkerung in Deutschland. Einige leben seit Jahrzehnten in Deutschland, andere sind erst vor kurzem als Geflüchtete nach Deutschland gekommen. Die Altersspanne reicht von sehr jung bis ins hohe Alter. Einige sind ökonomisch benachteiligt, andere verfügen über ein hohes Einkommen. Es gibt ein breites Spektrum an Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen. Die religiösen Zugehörigkeiten reichen von atheistisch bis religiös praktizierend.

Rassismus, Migration und Antisemitismus sind schlussfolgernd aus mehreren Gründen Schwerpunktthemen dieses Papiers:

- historische Bedeutung
- aktuelle Relevanz
- Verbreitung rassistischer und antisemitischer Haltungen in der Gesamtbevölkerung

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die hier zusammengetragenen Inhalte nicht neu sind und bereits vielfach von Menschen mit Rassismus-, Migrations- und/oder Antisemitismuserfahrungen geäußert wurden. Dennoch wird dieses Wissen nach wie vor marginalisiert und findet dementsprechend wenig Verbreitung im Bereich der politischen Bildung. Unser Papier versucht daher, gebündelte Impulse und Empfehlungen für eine schrittweise Weiterentwicklung der politischen Bildung zu geben.

Kontinuitäten in der Politischen Bildung nach 1945 in Deutschland

Die politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland entstand in ihrer heutigen Form nach 1945 im Rahmen der Reeducation-Politik der Alliierten. Sie richtete sich zunächst vor allem an die deutsche Bevölkerung, die in großen Teilen entweder aktiv oder passiv am Nationalsozialismus beteiligt war. Dementsprechend konzentrierte sich die politische Bildung in diesem Kontext vor allem auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Es ist wenig bekannt darüber, in welcher Weise politische Bildung nach 1945 überhaupt einen Blick für die Überlebenden der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wie insbesondere Juden*-Jüdinnen oder Sinti* und Roma* hatte. Zudem wurden (bzw. werden) Angehörige verfolgter Gruppen häufig nur als passive Opfer dargestellt, während ihr Widerstand und ihr politischer Kampf in der NS-Zeit und der Zeit danach weitgehend ausgeblendet wurden. Sowohl die Auseinandersetzung mit den tief verankerten rassistischen und antisemitischen gesellschaftlichen Wissensbeständen nach 1945, als auch die eigenen familiären Verstrickungen in Bezug auf die NS-Zeit wurden in der (historisch-) politischen Bildung Jahrzehntelang häufig ausgeblendet und nicht thematisiert. Das Bildungssystem in der DDR hingegen war stark von sozialistischen Prinzipien geprägt und zielte vor

allem auf die Heranbildung junger Menschen zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ ab. Im Gegensatz zur Reeducation-Politik in Westdeutschland, die eine pluralistische Trägerstruktur aufwies, war die politische Bildung in der DDR zentral geregelt und staatlich gelenkt und verwaltet.

In den letzten Jahrzehnten ist Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden, das vor allem durch Arbeitsmigration geprägt ist. Seit den 1950er Jahren wurde die Zusammensetzung der westdeutschen Gesellschaft maßgeblich durch den Zuzug von Menschen aus den süd- (und ost-)europäischen Ländern, aus nordafrikanischen Staaten sowie aus der Türkei geprägt. In Ostdeutschland waren es vor allem Menschen aus Vietnam und afrikanischen Staaten, insbesondere Mosambik und Angola, die nach Ostdeutschland zuwanderten. Dieser Wandel hatte unweigerlich Auswirkungen auf das Feld der politischen Bildung. Menschen mit Migrationsgeschichte wurden als besondere Zielgruppe politischer Bildung definiert, beispielsweise im Rahmen von Einbürgerungstests, und wurden weiterhin nicht als Teil der Mehrheitsgesellschaft angesehen. Entsprechend hat die politische Bildung bestehende Machtverhältnisse weiter reproduziert.

Postkoloniale und postnational- sozialistische Aspekte

Deutschland ist eine Migrationsgesellschaft. Diesem Umstand muss die politische Bildung gerecht werden. Dies macht eine Weiterentwicklung inhaltlicher und methodischer Ansätze sowie strukturelle Veränderungen erforderlich. Aufgrund von kritischem Hinterfragen und politischer Kämpfe durch Juden*Jüdinnen, Menschen mit Rassismuserfahrung und/oder Migrationsgeschichte sind entsprechende Prozesse bereits im Gange, aber noch längst nicht ausgereizt.

Aktuell liegt daher die Aufmerksamkeit bei einigen Trägern und Initiativen der politischen Bildung vor allem auf der Auseinandersetzung mit postkolonialen und postnationalsozialistischen Aspekten. Beide Konzepte umfassen im Grunde das Verständnis, dass sowohl der Kolonialismus als auch der Nationalsozialismus nicht etwas Zurückliegendes und Erledigtes sind. Spuren davon reichen bis in die Gegenwart hinein, sind wirkmächtig und bestimmen noch heute Lebensrealitäten in gewaltvoller Form. Anders als beim Nationalsozialismus ist der (deutsche) Kolonialismus deutlich weniger aufgearbeitet.

Kontinuitäten des deutschen Kolonialismus und des Nationalsozialismus sind häufig nicht in vollem Umfang bewusst, werden

heruntergespielt und haben wenig Raum in der Vermittlungsarbeit. Zeitgleich bestehen weiterhin eindimensionale Vorstellungen bezüglich der Zielgruppen der politischen Bildungsarbeit. Institutionen und Vermittler*innen-Pools der politischen Bildung sind überwiegend homogen zusammengesetzt. Die Perspektiven und Expertisen von Menschen mit Rassismus- und Antisemitismuserfahrungen sowie Migrationsgeschichte bleiben zu oft unberücksichtigt. Selbstorganisationen werden selten einbezogen. Noch seltener sind sie in den etablierten Strukturen der politischen Bildung gleichberechtigt vertreten. Die Notwendigkeiten, sich mit postkolonialen und postnationalsozialistischen Aspekten auseinanderzusetzen, sind zudem in keinem der grundlegenden Texte zur politischen Bildung wie dem Beutelsbacher Konsens oder der Frankfurter Erklärung explizit benannt. Es braucht einen kritischen Umgang mit Nach- und Fortwirkungen kolonialer und nationalsozialistischer Wissensbestände und die Reflexion und Bewusstmachung der Zusammenhänge zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Dazu gehört eine kritische Auseinandersetzung mit (eigenen) Macht- und Herrschaftsdynamiken sowie rassismus- und antisemitismuskritischen Ansätzen.

Empowerment als Grundansatz politischer Bildung in der Migrationsgesellschaft

Ziel politischer Bildung in der Migrationsgesellschaft sollte es sein, eine gemeinsame Lernerfahrung zu ermöglichen, die die gesellschaftliche Dichotomie von „Wir“ und „die Anderen“ überwindet und Menschen dazu befähigt, sich für Chancengerechtigkeit und den Abbau von Herrschaftsverhältnissen einzusetzen. Ein wichtiger Aspekt, dies zu erreichen, sind Empowermentprozesse. Der (politische) Empowerment-Ansatz, der insbesondere von der Black Power Bürgerrechtsbewegung, der Frauenbewegung sowie der community-orientierten Arbeit in den USA geprägt wurde, ist ein elementarer Bestandteil der aktiven Bekämpfung von gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen. Im Zentrum von Empowermentprozessen stehen Einzelpersonen und Gruppen, die aufgrund struktureller Diskriminierung marginalisiert werden und sich selbst ermächtigen, um der Marginalisierung entgegenzutreten. Empowerment ermöglicht das soziale und politische Einstehen für mehr Sichtbarkeit, gleiche Rechte und politische Gestaltungsmöglichkeit sowie den gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlichen und ökonomischen Ressourcen.

Empowermentprozesse vollziehen sich sowohl individuell als auch gemeinschaftlich. Sie ermöglichen, sich der eigenen Fähigkeiten bewusst zu werden, neue Stärken zu entwickeln und auf eigene sowie kollektive Kräfte zurückzugreifen. Dabei laufen individuelle und kollektive Prozesse nicht getrennt voneinander ab, sondern bedingen und bestärken sich gegenseitig. Diese Prozesse bestärken gesellschaftlich marginalisierte Gruppen darin, politische Forderungen zu stellen und sich gezielt für Chancengerechtigkeit einzusetzen.

Bei der Übertragung des politischen Ansatzes

der Empowermentarbeit in die Praxis politischer Bildung in Deutschland müssen vielfältige Fallstricke beachtet werden. Es besteht die Gefahr, (unbewusst) paternalistische Angebote zu entwickeln. Es ist eine kontinuierliche, behutsame und machtkritische Herangehensweise notwendig, um dies zu vermeiden. In der pädagogischen Arbeit mit marginalisierten Gruppen sollte nicht mit einem defizitorientierten Blick gearbeitet werden. Vielmehr gilt es ressourcenorientiert zu agieren.

Menschen können sich nur selbst ermächtigen. Um dies zu ermöglichen, sind Räume und Möglichkeiten der Reflexion und des gegenseitigen Austausches unerlässlich – sowohl für politische Bildner*innen als auch für Teilnehmende: Dazu gehören Safer Spaces, in die sich Menschen mit ähnlichen Diskriminierungserfahrungen für Selbstbeobachtung, offene Gespräche und gegenseitige Bestärkung zurückziehen können. Auch diese Räume sind niemals vollkommen frei von Machtstrukturen, zielen aber darauf ab, sicherer zu sein als öffentliche Räume. Gleichzeitig umfasst die Rolle der politischen Bildung die Schaffung von gemischten Begegnungsräumen, in denen Menschen ihre Ängste, Erfahrungen und Stärken artikulieren können, um ihre politischen Haltungen und Handlungsfähigkeiten auszuhandeln. Diese Räume müssen jedoch sehr, sehr sensibel begleitet werden, damit der Austausch nicht auf Kosten von marginalisierten Menschen geht und auf Augenhöhe gelingen kann. Hierfür braucht es jahrelange Expertise und eine intensive Auseinandersetzung mit diversen Herrschafts- und Dominanzverhältnissen, Diskriminierungsformen und individuellen sowie kollektiven Selbstermächtigungsprozessen.

Auf Grundlage der vorangegangenen Ausführungen geben wir folgende Empfehlungen für die Praxis der politischen Bildung:

1. POLITISCHE BILDUNG MUSS DEN DIVERSEN ZIELGRUPPEN GERECHT WERDEN UND SICH VERSTÄRKT AN DEN TEILNEHMENDEN ORIENTIEREN

Empfehlungen für die Praxis

Die Zielgruppen politischer Bildung sind so divers wie die Gesellschaft, in der wir leben. Dies gilt auch für Faktoren wie Migrationsgeschichte, Rassismus- oder Antisemitismuserfahrungen. Die Lebensrealitäten der Teilnehmenden sind nicht nur von Rassismus, Migrationsgeschichte oder Antisemitismus geprägt, sondern auch von anderen allgegenwärtigen Faktoren wie Geschlecht, sexuelle Orientierung, Religion, Alter, soziokonomischer Status, körperliche und seelische Verfasstheit, Ost- bzw. West-Sozialisation u.v.m. Mehrdimensionale Diskriminierungserfahrungen der Teilnehmenden müssen anerkannt werden. Folglich sollte das Ziel politischer Bildung in einer Migrationsgesellschaft darin bestehen, kollektives Lernen innerhalb einer diversen Zielgruppe zu ermöglichen. Vorgefertigte Bilder über die Zusammensetzung einer Gruppe müssen kritisch hinterfragt werden. Dies gilt auch für pauschale, dichotome Bilder von „Privilegierten und Deprivilegierten“ sowie von „Täter*innen und Opfern“.

Politische Bildung braucht die Offenheit, verschiedene Zugänge zu den konkreten Themenfeldern zu ermöglichen. Dazu ist eine teilnehmendenzentrierte Bildungsarbeit erforderlich, bei der die Bedürfnisse, Erfahrungen und das vorhandene Wissen der Teilnehmenden anerkannt und einbezogen werden. Darüber hinaus müssen externe Einflüsse, wie zum Beispiel aktuelle gesellschaftliche und politische Entwicklungen berücksichtigt werden. Teilnehmerzentrierte politische Bildungsarbeit zeichnet sich durch die Partizipation und Teilhabe der Mitwirkenden aus. Partizipation kann je nach Rahmenbedingungen auf unterschiedliche Weise ausgestaltet werden.

Wir empfehlen daher:

- Eine gelingende politische Bildung zeichnet sich durch die aktive Beteiligung und Mitbestimmung der Lernenden aus.
- Die Auswahl der Methoden der politischen Bildung muss sich an dem individuellen Wissen, Bedürfnissen und dem persönlichen Erfahrungshintergrund der Teilnehmenden orientieren und ein grundlegendes Element des Lernprozesses sein.
- Es ist entscheidend, externe Einflüsse wie aktuelle gesellschaftliche und politische Ereignisse in den Curricula zu berücksichtigen, um insbesondere potenzielle persönliche Berührungspunkte der Teilnehmenden adäquat in den Blick zu nehmen und aufzufangen.
- Die Schaffung sicherer gemeinsamer Lernorte für alle ist von erheblicher Bedeutung, um Ausgrenzungsprozessen vorzubeugen.
- Hier ist es u.a. notwendig, Safer Spaces für marginalisierte Gruppen zu schaffen.
- Gleichzeitig braucht es eine kontinuierliche Sensibilisierung der Teilnehmenden für Antisemitismus, Rassismus und anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit.
- Um auf potenzielle Konfliktfälle und diskriminierende Situationen vorbereitet reagieren zu können, kann beispielsweise die Arbeit mit Awareness- und Sicherheitskonzepten, die darauf abzielen, Lernräume sicherer zu gestalten, helfen.

2. FACHWISSEN ZU MIGRATION, RASSISMUS, ANTISEMITISMUS IST EIN WICHTIGER TEIL VON PROFESSIONALISIERUNGSPROZESSEN IN DER POLITISCHEN BILDUNG

Fachwissen zu strukturellen Diskriminierungsverhältnissen wie Rassismus- und Antisemitismuskritik sind bisher kein allgemeingültiger Standard in der politischen Bildung. Fundierte Fachkenntnisse von gesellschaftlichen Macht-dynamiken, Herrschaftsverhältnissen und Ideologien der Ungleichwertigkeit wie Rassismus oder Antisemitismus sowie die Kompetenz, mit den betroffenen Gruppen zu arbeiten, sind kein bloßes „nice-to-have“-Attribut politischer Bildung. Fachliche Expertise in diesen Bereichen ist vielmehr eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung und Umsetzung wirksamer politischer Bildungsformate in einer vielfältigen Gesellschaft. Im Einklang mit anderen Prinzipien wie dem Überwältigungsverbot sind diese Aspekte integraler Bestandteil des professionellen Kanons. Die Qualifizierung von politischen Bildner*innen braucht hierfür Qualitätsstandards und muss die ausführliche Auseinandersetzung mit Rassismus- und Antisemitismuskritik beinhalten.

Wir empfehlen daher:

- Die Fortbildung von politischen Bildner*innen umfasst eine eingehende Auseinandersetzung mit Rassismus- und Antisemitismuskritik sowie eine Betrachtung Deutschlands als postkoloniale und postnationalsozialistische Gesellschaft.
- Der kontinuierliche Qualifizierungsprozess für politische Bildner*innen muss eine professionelle Selbstreflexion der eigenen gesellschaftlichen Positionierung gewährleisten.
- Erfahrungsexpertisen und Unterstützungsangebote sind anerkannt.

3. AKTEUR*INNEN UND MITTLER*INNEN DER POLITISCHEN BILDUNG MÜSSEN GESELLSCHAFTLICHE DIVERSITÄT WIDERSPIEGELN, ETABLIERTE INSTITUTIONEN MÜSSEN SICH ÖFFNEN

Zu den Mittler*innen der politischen Bildung gehören sowohl Organisationen als auch Einzelpersonen. Auch hier zeigt sich der Einfluss gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse: Marginalisierte Personen und Organisationen von Juden*Jüdinnen, Menschen mit Migrationsgeschichte und/oder Rassismuserfahrung sind als Mittler*innen häufig unterrepräsentiert - und das, obwohl es eine vielfältige Landschaft dieser Organisationen gibt.

Zudem gibt es eine große Diskrepanz in Bezug auf die Entlohnung der Vermittelnden in der Trägerlandschaft, abhängig von der Fördersituation der jeweiligen Organisationen. Gerade Selbstorganisationen sind hier in der Regel strukturell benachteiligt und somit finanziell prekär aufgestellt.

Die aktive Beteiligung und gleichberechtigte Mitbestimmung von Akteur*innen mit Migrationsgeschichte, Rassismus- und/oder Antisemitismuserfahrung sind für die politische Bildung in der Migrationsgesellschaft unabdingbar. Sie müssen Teil der etablierten Institutionen politischer Bildung werden und bei der Auswahl durch Kooperationspartner*innen (u.a. formale Bildung) stärker berücksichtigt werden.

Wir empfehlen daher:

- Bei der Besetzung von Podien, Diskussionsrunden und anderen öffentlich wirksamen Formaten der politischen Bildung ist auf Vielfalt und Diversität im Hinblick auf Antisemitismus- und Rassismuserfahrung sowie Migrationsgeschichte zu achten - zusätzlich zu Aspekten wie Geschlecht, sozialem Status usw.

- Bei der Zusammensetzung von hauptamtlichen Teams und der Auswahl von Honorarkräften und Referent*innen müssen entsprechende Diversitätskriterien neben den erforderlichen Kompetenzen berücksichtigt werden. Hilfreich ist hierfür u.a. diversitätsorientierte Organisationsentwicklung.
- Migrantische Organisationen/neue deutsche Organisationen/jüdische Organisationen, die im Bereich politische Bildung tätig sind, müssen langfristig gefördert und in den entsprechenden Förderstrukturen stärker mitgedacht werden.
- Es braucht strukturelle Förderprozesse, die dazu beitragen, die Trägerlandschaft diverser als bisher aufzustellen. Dafür sind zum Beispiel angepasste und flexiblere Kofinanzierungsvorgaben sowie Hilfestellung bei der Antragsstellung und Projektadministration notwendig.
- Bei der Auswahl von Kooperationspartner*innen im Bereich der politischen Bildung sollten Organisationen, in denen Menschen mit Migrationshintergrund, Rassismus- und Antisemitismuserfahrungen vertreten sind, stärker berücksichtigt werden als bisher.
- Sicherstellung einer angemessenen Entlohnung der politischen Bildner*innen und einer gleichberechtigten Auftragsvergabe ist die Grundlage, um die Zugänglichkeit für Menschen unabhängig von ihrem finanziellen Status zu gewährleisten.

4. KONTROVERSITÄT DARF NICHT MIT NEUTRALITÄT GLEICHGESETZT WERDEN

Aktuell sehen wir, dass die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft immer mehr umkämpft und in Gefahr ist. Rechtspopulistische, rechtsextreme, rassistische, antisemitische und generell antidemokratische Einstellungen in der Bevölkerung nehmen stetig zu. Die Zahl antisemitischer und rassistischer Straftaten wächst kontinuierlich.

Das Kontroversitätsgebot steht aufgrund des Beutelsbacher Konsens aktuell im Mittelpunkt der politischen Bildung. Es ist jedoch wichtig zu verstehen, dass politische Bildung nicht neutral und Kontroversität nicht mit Neutralität gleichzusetzen ist. Ziel ist es in erster Linie, die Teilnehmenden zum kritischen Denken anzuregen. Politische Bildner*innen verpflichten sich zu demokratischen Werten und Menschenrechten und müssen in ihrer Arbeit unmissverständlich gegen antidemokratische Positionen Stellung beziehen.

Wir empfehlen daher:

- Antidemokratische demokratiefeindliche Positionen (dazu zählen u.a. diskriminierende, menschenverachtende und rechtspopulistische bis hin zu rechts-extremen Äußerungen), die im Rahmen von Bildungsveranstaltungen geäußert werden, dürfen nicht unkommentiert bleiben.

5. POLITISCHE BILDUNG MUSS MACHT- UND HERRSCHAFTSKRITISCH SEIN

- Hier bedarf es eines hohen Maßes an Expertise und Kenntnissen entsprechender Kommunikations- und Vorgehensweisen, um Handlungssicherheit zu haben. Je nach Aussage und inhaltlichem Vorkommen bedarf es eines konstruktiven und demokratischen Umgangs mit der Situation oder einer klaren Abgrenzung zu den geäußerten Inhalten bis hin zur strafrechtlichen Verfolgung.
- Themenkomplexe wie das Einstehen füreinander, die Stärkung von Zivilcourage und Solidarität müssen auch inhaltlicher Bestandteil von Konzepten und Formaten der politischen Bildung sein.
- Teilnehmende sollten durch politische Bildung dazu ermutigt werden, ihre eigene Haltung zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Bestandteil dessen sind u.a. das Bewusstwerden der eigenen politischen Verortung, Reflexion der eigenen Werte sowie die Fähigkeit, die eigene sichere Haltung zu vertreten.

Aufgrund der Tatsache, dass die Gesellschaft stark geprägt ist von rassistischen und antisemitischen Denkweisen und Strukturen, muss sich politische Bildung kritisch mit Rassismus, Antisemitismus und weiteren Macht- und Herrschaftsverhältnissen in der Gesellschaft auseinandersetzen. Politische Bildung muss entsprechend bei der Auswahl von Inhalten, Materialien und Methoden sorgfältig prüfen, dass sie nicht ungewollt rassistische, antisemitische oder auch andere Stereotype und Narrative reproduzieren. Es ist unerlässlich, dass Teilnehmende und politische Bildner*innen gemeinsam die Ursprünge dominanter Narrative, Hierarchien und Strukturen sichtbar machen und kritisch hinterfragen.

Wir empfehlen daher:

- Inhalte, Formate der politischen Bildung und Wissensquellen müssen kritisch in Bezug auf Perspektiven reflektiert werden. (Welche Perspektiven werden vermittelt? Gibt es andere Perspektiven auf das Themenfeld? Werden zum

Beispiel beim Thema Migration oder Erinnerungskultur auch Expert*innen mit Migrationsgeschichte, Rassismus- oder Antisemitismuserfahrungen einbezogen? Wo findet ggf. Reproduktion statt, wie lässt sich dies vermeiden? Wie wird damit umgegangen?)

- Marginalisierte Wissensbestände - d.h. Perspektiven von Juden* Jüdinnen, Menschen mit Rassismuserfahrungen sowie Migrationsgeschichte sollen stärker in den Mittelpunkt gestellt werden. Dabei kann auf die Materialien und Expertise von migrantischen Organisationen / neuen deutschen Organisationen oder jüdischen Organisationen zurückgegriffen werden.
- Neben der Reflexion der Inhalte gehört zu einer macht- und herrschaftskritischen Bildung, dass Teilnehmende konkrete Handlungsmöglichkeiten für die Gestaltung einer verantwortungsvollen und gerechten Gesellschaft entwickeln.

1. Politische Bildung muss den diversen Zielgruppen gerecht werden und sich verstört an den Teilnehmenden orientieren

2. Fachwissen zu Migration, Rassismus, Antisemitismus ist ein wichtiger Teil von Professionalisierungsprozessen in der politischen Bildung

3. Akteur*innen und Mittler*innen der politischen Bildung msen gesellschaftliche Diversität widerspiegeln, etablierte Institutionen msen sich ffnen

4. Kontroversität darf nicht mit Neutralität gleichgesetzt werden

5. Politische Bildung muss macht- und herrschaftskritisch sein

Literaturliste

Ádám, Éva/Burkhardt, Anita/Friedrich, Anna im Auftrag von Amaro Drom e. V. (2019): Dikhen amen! Seht uns! Praxishandbuch zum Empowerment und zur Sensibilisierung für Rassismus aus der Sicht junger Rom*nja und Sinti*ze, online unter: <https://amarodrom.de/materialien/praxishandbuch/>

Bundeszentrale für politische Bildung: Beutelsbacher Konsens. Online unter: <https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/>

Frankfurter Erklärung. Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung (2015). Online unter: https://uol.de/f/1/inst/sowi/ag/politische_bildung/Frankfurter_Erklaerung_aktualisiert27.07.15.pdf

Frech, Siegfried/ Oberle, Monika/ Geyer, Robby (2023): Kontroversität in der politischen Bildung.

Hufer, Klaus-Peter (2015): Seit 1945: Von Re-Education bis Effizienz, Online unter: <https://www.bpb.de/lernen/politische-bildung/193935/seit-1945-von-re-education-bis-effizienz/>

Lüneberg, Vera / Öztürk, Halit (2022): Migrationsbezogene Diversitätskompetenzen in der (politischen) Erwachsenenbildung. Online: <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/diversitaetsorientierung/diversitaetskompetenzen/>

Massing, Peter/ Niehoff, Mirk (2014): Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Sozialwissenschaftliche Grundlagen – Politikdidaktische Ansätze – Praxisberichte.

Richter, Dagmar/ Frech, Siegfried (2017): Der Beutelsbacher Konsens. Bedeutung, Wirkung, Kontroversen.

Sander, Wolfgang/ Pohl, Kerstin (2022): Handbuch politische Bildung, 5., vollständig überarbeitete Auflage.

Statistisches Bundesamt: Migrationshintergrund, online unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html>

Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 158 vom 20. April 202, online unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/04/PD23_158_125.html

Windmeier, Benedikt (2012): Außerschulische Bildung nach 1945 – Eine Erfolgsgeschichte? in: APuZ Nr. 46-47/2012, Online unter: Außerschulische politische Bildung nach 1945 – Eine Erfolgsgeschichte? | Politische Bildung | bpb.de

Impressum

VERÖFFENTLICHT VON

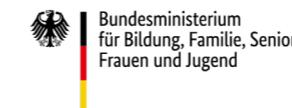
Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.
Bundesgeschäftsstelle / Genel Merkez
Obentrautstr. 72
10963 Berlin

IM RAHMEN DES KOOPERATIONSVERBUNDS FÜR VIELFALT UND ZUSAMMENHALT

FÖRDER*INNEN

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Demokratie *Leben!*

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

VERANTWORTLICH IM SINNE DES PRESSERECHTS

Aslıhan Yeşilkaya-Yurtbay und Gökay Sofuoğlu, Bundesvorsitzende Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.

AM TEXT BETEILIGTE ORGANISATIONEN

[Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V. \(BVRE\)](#)

[Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland e.V. \(DaMOst e.V.\)](#)

[Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.](#)

[die neuen deutschen Organisationen - das Postmigrantische Netzwerk \(ndo\)](#)

[Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa](#)

[Türkische Gemeinde in Deutschland \(TGD\)](#)

[Vertreter*innen der Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen \(BKMO\)](#)

DEZEMBER 2025

vielfalt-und-zusammenhalt.de

Kooperationsverbund für
Vielfalt und Zusammenhalt

vielfalt-und-zusammenhalt.de

2025